

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Tourismus

Redigiertes Wortprotokoll der 38. Sitzung

Ausschuss für Tourismus

Berlin, den 10. Mai 2023, 15:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

4.600

Amtierende Vorsitzende: Gülistan Yüksel, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

**„Neustart – Wie gestaltet sich der Aufschwung in
der Tourismusbranche?“**

**Teilnehmende Ausschussmitglieder**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Hagl-Kehl, Rita Rinkert, Daniel Troff-Schaffarzyk, Anja Werner, Lena Yüksel, Gülistan Zierke, Stefan	
CDU/CSU	Brehmer, Heike Donth, Michael Karliczek, Anja Wittmann, Mechthilde	Vierегge, Kerstin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Otte, Karoline Schmidt, Stefan	
FDP	Hanke, Reginald Tippelt, Nico	
AfD	Moncsek, Mike Münzenmaier, Sebastian	
DIE LINKE.	Lutze, Thomas	



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Neustart – Wie gestaltet sich der Aufschwung in der Tourismusbranche?“
am Mittwoch, 10. Mai 2023, 15:00 – 16:30 Uhr

Anke Budde

Präsidentin, Allianz selbständiger Reiseunternehmen

Manfred Häupl

Geschäftsführer und Inhaber Hauser Exkursionen GmbH
Mitglied forum anders reisen e.V.

Dirk Inger

Hauptgeschäftsführer, Deutscher Reiseverband

Michael Kater

Vize-Präsident, Bundesverband der Deutschen Incoming-Unternehmen

Norbert Kunz

Geschäftsführer, Deutscher Tourismusverband

Markus Luthe

Hauptgeschäftsführer, Hotelverband Deutschland

Das Gesamtableau der Sachverständigen wurde im Einvernehmen aller Fraktionen vorgeschlagen und beschlossen.



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung

Neustart - Wie gestaltet sich der Aufschwung in der Tourismusbranche?

hierzu wurde verteilt: A-Drs. 20(20)97
A-Drs. 20(20)98
A-Drs. 20(20)99
A-Drs. 20(20)100
A-Drs. 20(20)101
A-Drs. 20(20)102

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie alle herzlich zu unserer 38. Sitzung begrüßen. Wir sprechen heute zu dem Thema „Neustart – wie gestaltet sich der Aufschwung in der Tourismusbranche?“. Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute dabei sind.

In alphabetischer Reihenfolge möchte ich herzlich unsere Gäste begrüßen. Frau Anke Budde, Präsidentin, Allianz selbständiger Reiseunternehmen, Herrn Manfred Häupl, Geschäftsführer Hauser Exkursionen GmbH, Mitglied forum anders reisen e.V., Herrn Dirk Inger, Hauptgeschäftsführer, Deutscher Reiseverband, er ist uns digital zugeschaltet. Herrn Michael Kater, Vize-Präsident, Bundesverband der Deutschen Incoming-Unternehmen. Herrn Norbert Kunz, Geschäftsführer, Deutscher Tourismusverband. Herrn Markus Luthe, Hauptgeschäftsführer, Hotelverband Deutschland. Ganz herzlich willkommen.

Wir haben vereinbart, dass wir zwei Runden à zwei Fragen in zwei Minuten machen. Sie haben dann die Möglichkeit pro Frage mit drei Minuten zu antworten.

Wir beginnen mit der Fragerunde. Für die SPD-Fraktion beginnt Herr Zierke.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Ich habe zwei Fragen an Herrn Kunz vom DTV.

Welche Erwartungen hat der Deutscher Tourismusverband (DTV) an die Nationale Tourismusstrategie und deren Plattform?

„Reisen für Alle“ ist auch ein Thema. Wie sehen Sie aus Sicht des DTV das Thema „Reisen für Alle“, um in Zukunft den Deutschlandtourismus noch besser aufzustellen, damit reisen für alle tatsächlich ermöglicht wird.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Herr Kunz, bitte schön.

Norbert Kunz (Deutscher Tourismusverband): Morgen ist ein sehr wichtiger Termin, weil morgen der Startschuss für die Plattform „Zukunft des Tourismus“ gegeben wird. Es ist ein Vorhaben der Koalition und im Koalitionsvertrag verankert. Die Plattform ist deswegen wichtig, weil sie die Nationale Tourismusstrategie fortschreiben soll. Es ist ein sehr wichtiges Vorhaben, weil der Bund damit seine Kompetenzen, d. h., seine Koordinierungsfunktion, seine Funktion für Förderprogramme, für gute Finanzierung und für gute Rahmenbedingungen wahrnehmen kann. Er kann mit Partnern aus der Branche, mit der Politik oder auch mit der Wissenschaft darüber in den Austausch treten.

Wir haben als DTV eine solche Plattform und insbesondere die Nationale Tourismusstrategie eingefordert. Wir erinnern uns alle, dass die Nationale Tourismusstrategie in der letzten Legislaturperiode bereits in Angriff genommen wurde. Wir sagen als Verband, sie wurde nicht zu Ende gebracht. Deswegen ist es gerade in diesen Zeiten der extremen Preissteigerungen, des Mangels an Fach- und Arbeitskräften und der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus insgesamt umso wichtiger, die drängenden Fragen des Tourismus in einer Plattform zu diskutieren.

Wir sind sehr gespannt und wir freuen uns auf die Arbeit der Plattform. Wir erwarten aber auch von der Plattform, dass sie sehr schnell in einen Arbeitsmodus übergeht. Strategie bedeutet nicht nur Zielsetzung, sondern Strategie bedeutet auch, dass man Zielsetzung in ganz konkrete Maßnahmen und Pakete schnürt, die mit der Branche zusammen vereinbart und verabredet werden und dass am Ende diese Vorhaben auch in den entsprechenden Ressorts des Bundeshaushalts verankert sind.

Zum Thema „Reisen für Alle“: Das ist ein wichtiges Anliegen für die gesamte Branche. Reisen muss für



jedermann möglich sein. Alle, die Beeinträchtigungen haben, müssen auch Unterkünfte mit den für sie richtigen Rahmenbedingungen finden können. Wir haben 13 Millionen Menschen im Land, die Beeinträchtigungen haben und die einen Anspruch haben, reisen zu können.

„Reisen für Alle“ ist ein Projekt, das seit langem vom Bund, aber auch von den Ländern ganz maßgeblich unterstützt und gefördert wird. Wir sind jetzt an einem wichtigen Punkt, weil die Förderung in diesem Jahr letztmalig durch den Bund erfolgt und das Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ auf stabile Füße gestellt werden soll. Zum einen strukturell, zum anderen müssen wir uns der Frage stellen, wie wir eine dauerhafte Finanzierung für das Programm „Reisen für Alle“ sichern.

Wir halten die Finanzierung in Form einer Projektförderung, wie sie in den vergangenen Jahren gelaufen ist, für die Zukunft nicht für tragfähig. Wir erwarten vom Bund und den Ländern, dass sie eine gemeinsame Finanzierung vereinbaren, die dazu führt, dass deutlich mehr als die bisher rund 2.500 Betriebe Bestandteil des Kennzeichnungssystems sind. Es ist im Wettbewerb ein deutlicher Fortschritt, wenn wir Unterkünfte und Beherbergungsbetriebe, aber auch Tourist-Informationen und alle Leistungsträger kennzeichnen, die solche Angebote machen, sie auch vermarkten und bekannter machen als sie es jetzt sind.

Das ist eine große Aufgabe. Wir sind aber zuversichtlich und denken, wenn Bund, Länder und die Branche sich zusammentun, dann werden wir gute Lösungen dafür finden.

Amt. Vors. **Gülstan Yüksel** (SPD): Herzlichen Dank. Frau Vieregge, bitte.

Abg. **Kerstin Vieregge** (CDU/CSU): Herr Luthé, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Gasthöfe und Pensionen prozentual einem höheren Sterben ausgesetzt sind als die anderen Unterbringungsmöglichkeiten. Was meinen Sie, woran das liegt? Ist es der Generationenwechsel, sind es die Reglementierungen und Zertifizierungen oder letztendlich auch die *Reporting-Pflichten*?

Sie fordern die Entfristung der Experimentierklausel beim digitalen Meldeschein und meinen, dass

dadurch letztendlich mehr Akzeptanz entstünde. Können Sie uns Ihre Erfahrung mit dem digitalen Meldeschein insgesamt darlegen?

Des Weiteren hätte ich noch eine Frage an Herrn Inger. Wie erklärt sich der Deutsche Reiseverband (DRV), dass die Zahl der über die Reiseveranstalter gebuchten Reisen gegenwärtig etwa 20 Prozent unter dem Schnitt von 2019 liegen?

Markus Luthé (Hotelverband Deutschland): Wir beobachten tatsächlich einen starken Rückgang der Anzahl der Gasthöfe und Pensionen. Ich will nicht von einem „Sterben“ reden. Dennoch hatten wir durch den Pandemiezeitraum ein Minus von 10 Prozent. Wir hatten auch schon vor der Pandemie festgestellt, dass die Anzahl, sowohl der Hotels, aber insbesondere der Gasthöfe und Pensionen in Deutschland rückläufig ist. Das ist nicht zu verwechseln mit der Anzahl der Zimmer. Die Beherbergungskapazitäten steigen gewaltig, aber es werden immer mehr mittelständische Unternehmen aus dem Markt gedrängt, insbesondere in dem Segment Gasthöfe und Pensionen.

Die Erklärung kann nicht nur Corona sein. Corona wird sicherlich wie ein Brennglas die Probleme nochmal verschärft haben. Sie liegen einfach in einer Überforderung. Es liegt nicht nur an den *Reporting-Pflichten*, sondern an den generellen Bürokratieauflagen, die ein kleines Haus deutlich schlechter bewältigen kann als ein Hotel, das ein *Headoffice* (*Hauptverwaltung, Anm.*) einer Hotelkette im Hintergrund hat. Auch der Hotelverband kann nicht alles ausgleichen. Er kann noch so viele Merkblätter schreiben und Hilfestellungen geben.

Betriebsnachfolge ist bei den Gasthöfen und Pensionen in der Tat ein großes Thema, weil die Größe des Betriebes zu klein ist, um Skaleneffekte erzielen zu können. Wir machen uns große Sorgen und verstärken unsere Marketingaktivitäten für diese Betriebe, so gut dies ein Verband kann.

Zum Meldegesetz, vielleicht ganz schnell: Wir haben mit der letzten Novelle drei digitale Verfahren für einen digitalen *Check-in* bekommen. Zwei davon laufen über den Personalausweis. Sie sind noch nicht praxistauglich, da nur sechs Prozent der Deutschen ihre PIN-Nummer zum Ausweis kennen. Wenn wir bei dem Auslesen des RFID-Chips (*Radio*



Frequency Identification. Identifizierung über elektromagnetische Wellen, Anm.) im Ausweis noch einen Lichtbildabgleich durch den Rezeptionisten machen müssen, dann haben wir durch die Digitalisierung nichts gewonnen.

Es bleibt das Verfahren der Identifikation über das Zahlungsmittel. Dies gestaltet sich aber insbesondere bei Geschäftsreisenden als schwierig, wenn diese mit einer virtuellen Kreditkarte ihres Arbeitgebers bezahlen. Dann können sie sich darüber nicht identifizieren.

Wir waren umso erfreuter, als die letzte Bundesregierung ihrerseits eine Initiative gestartet hat, die es ermöglichte, mit digitalen Identitäten einzuchecken und eine *Wallet (Wallets sind Tools für Online-Zahlungen, Anm.)* gebaut hat. 120 Hotels konnten in einen Probetrieb gehen. Diese *Wallet* wurde im November 2021 eingestellt und wir warten auf eine Nachfolgeregelung. Diese zeichnet sich im Moment für uns aber konkret nicht ab. Aber was sich abzeichnet ist, dass eine Experimentierklausel im Bundesmeldegesetz ausläuft, die es erlaubt, solche Verfahren mal schnell und unkompliziert ohne Gesetzesänderung zu testen. Erforderlich dafür ist nur die Zustimmung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Wenn wir nicht mehr zukunfts offen sind und sich abzeichnende neue Verfahren in einigen Häusern mit behördlicher Genehmigung nicht einfach mal testen dürfen, dann werden wir weit zurückgeworfen und niemand, weder der Gast noch der Hotelier, hat Verständnis dafür, dass wir nicht digital einchecken können.

Dirk Inger (Deutscher Reiseverband): Ich würde gerne kurz berichten, wie sich der Markt entwickelt hat. Wir sehen in diesem Jahr wieder eine sehr positive Entwicklung. Es hatte im Sommer 2022 schon wieder eine größere Reiseaktivität gegeben, was insbesondere im Mittelmeerraum zu einer großen Anzahl von Reisen geführt hat. Wir sehen jetzt, bezogen auf das Gesamtjahr 2023, eine sehr positive Entwicklung und sind optimistisch, dass wir die Werte von 2019, was das Reisevolumen umsatzbezogen angeht, wieder erreichen können. Das ist erst einmal sehr positiv zu sehen, weil es fast alle Reisebereiche umfasst.

Wir sehen sehr gute Zahlen, was die Sommerurlaube am Mittelmeer angeht. Wir sehen differenzierte Entwicklungen bei Fernreisen. Wir sehen eine gute Erholung bei Kreuzfahrten an vielen Stellen. Wir sehen allerdings bei Gruppenreisen noch einige Schwierigkeiten. Offensichtlich hat die Pandemie dazu geführt, dass das gemeinsame Verreisen in einem Bus, beispielsweise im Rahmen einer Rundreise, immer noch für eine gewisse Zurückhaltung sorgt. Da scheint die Pandemie noch etwas nachzuhallen.

Sie hatten gefragt, wie die Differenz der Zahlen der Reisenden zu erklären ist. In der Tat sehen wir, dass im Moment weniger Menschen reisen, als das beispielsweise im Jahr 2019 der Fall war. Das hat unter anderem damit zu tun, dass hier die Inflation und die gestiegenen Energiepreise Wirkung zeigen. Es hat dazu geführt, dass der Transportanteil, vor allen Dingen die Flüge, deutlich teurer geworden sind. Auch Hotelübernachtungen sind teurer geworden. Wir sehen auch, dass etwas anders gebucht wird. Es gibt zwar noch Nachholeffekte, die dazu führen, dass diese Umsätze sich in diesem Jahr wieder ganz gut entwickeln. Wir sehen zugleich aber auch, dass beispielsweise kürzer gereist wird. Es wird geschaut, ob man ein *All-Inclusive-Hotel* buchen kann, um die hohen Nebenkosten insgesamt nicht zu haben. Wir sehen, dass sich der Verbraucher darauf einstellt.

Wir alle müssen insgesamt sehr sorgfältig beobachten, ob sich hier etwas Grundsätzliches verschiebt, ob sich Leute mit normalem Einkommen schwieriger tun, wieder im Sommer zu verreisen. Das kann nicht in unser aller Interesse sein und deswegen ist es gut, dass wir weiterhin einen scharfen Wettbewerb mit einer guten Beratung in den Reisebüros haben.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Häupl vom „forum anders reisen“. Sie berichten in Ihrer Stellungnahme von der letzten Reiseanalyse, die Sie durchgeführt haben, wonach die Freiwilligkeit der Gäste, die Verantwortung für die klimaschädlichen Emissionen zu übernehmen, zu gering sei und nur langsam wachse. Wie entwickelt sich die Nachfrage ihrer Kunden nach Alternativen zum Flugverkehr in den letzten Jahren? Was müsste aus Ihrer Sicht passieren, damit die Nachfrage nach alternativer



Mobilität für Urlaubsreisen steigt?

Meine zweite Frage richtet an Frau Budde vom asr (*Allianz selbständiger Reiseunternehmen, Anm.*). Sie schreiben auf Seite 4 Ihrer Stellungnahme, ich zitiere „Bund und Länder haben es versäumt, in den letzten Jahren die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Neustart der Branche zu schaffen.“ Ich sage ganz ehrlich, der Vorwurf hat mich schon einigermaßen hart getroffen. Er richtet sich nicht nur gegen die aktuelle Bundesregierung, sondern auch gegen die Regierung davor. Können Sie den Vorwurf etwas konkretisieren, weil ich finde, wir haben schon versucht, in sehr engem Austausch mit der Branche zu bleiben.

Deshalb meine Frage, an welchen Stellen haben es aus Ihrer Sicht Bund und Länder versäumt, die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Neustart zu schaffen. Welche Rahmenbedingungen wären aus Ihrer Sicht notwendig gewesen oder wären jetzt notwendig, um den Neustart der Branche wirklich hinzubekommen?

Manfred Häupl (forum anders reisen e.V.): Die Entwicklung zur alternativen Mobilität hat einerseits mit Corona zu tun, weil wir teilweise nicht mehr in die Ferne reisen konnten. Daher war dann erstmal der Trend auch bei den Fernreiseveranstaltern, bei den Spezialisten, zu mehr Nähe. Dadurch ist bei vielen auch der Anteil an Europareisen gestiegen. Das hat auch zu einem Umdenken der Mobilitätsalternativen geführt.

Aber es hat auch dazu geführt, dass wir gesagt haben, es geht nicht nur darum, auf Kundenwünsche zu reagieren, sondern auch Nachfragen zu schaffen, indem wir unsere Instrumente geändert haben. Wir haben beispielsweise das Flugangebot eingeschränkt. Im Forum bieten wir keine Flüge mehr bis 800 Kilometer an. Es gibt bei uns auch keine innerdeutschen Flüge mehr. Wir bieten *Rail&Fly* an, sodass es eine nachhaltige Alternative für die Anfahrt zum Flughafen gibt. Wir haben auch Alternativangebote mit Eigenanreise gemacht, auch um der Angst vor Gruppenanreisen zu begegnen. Das nennen wir *Self Guided Touren (individuell organisierte Reisen, Anm.)*, so dass man auch individuell die Termine gestalten kann. Das Ganze ist verbunden mit einer weiteren Betonung der Bahn. Wir

merken, dass die Akzeptanz der Bahn im Kundenkreis deutlich gestiegen ist.

Wir haben allerdings auch einige große Hürden. Gerade jetzt am Wochenende hatten wir die Mitgliederversammlung des „forum anders reisen“. Es waren auch Bahnvertreter da, die uns mitgeteilt haben, dass sie sehr gerne ein europäisches Angebot machen würden. Momentan gibt es gerade mal 16 Städte in Europa, die die Bahn durchbuchen kann. Das ist also gar nichts. Es gibt europaweit kein Interbahnabkommen. Man kann als Reiseveranstalter keine Strecken durchbuchen, man kann keine Nachzüge buchen und es gibt auch keine touristischen Konditionen.

Dazu hat jetzt die Bahn gerade etwas vorgelegt. Es gibt inzwischen ein touristisches *Pricing (Preisgestaltung, Anm.)*. Es gibt Nettoangebote für Veranstalter, die man in die Kalkulation einbauen kann. Da ist die Bahn gerade sehr in Bewegung. Aber ich habe das Gefühl, dass jetzt tatsächlich auch eine gewisse politische Aufgabe darin besteht, der Bahn zu helfen, damit sie europaweit in eine Vernetzung kommt, ähnlich wie wir es beim Flugverkehr kennen. Es gibt *Interlining-Abkommen (Abkommen zwischen zwei Fluggesellschaften, dass sie die Flugtickets der jeweils anderen Fluggesellschaft akzeptieren und somit Fluggästen einen einfachen Umstieg zwischen ihren Flügen ermöglichen, Anm.)*, es gibt *Code-Share (Verfahren im Luftverkehr, bei dem sich mehrere Fluggesellschaften einen Linienflug teilen. Jede der beteiligten Gesellschaften führt diesen Flug unter einer eigenen Flugnummer dem Code, durch, Anm.)*, es gibt Durchbuchbarkeiten, es gibt ein gemeinsames Abrechnungssystem. Wir wollen den Europareiseverkehr mehr auf die Bahn umlenken. Wir erwarten, dass die Bahn sich hier weiterentwickelt.

Anke Budde (Allianz selbständiger Reiseunternehmen): Wir waren und sind mit der Politik sowohl während der Corona-Krise und als auch jetzt im ständigen Austausch. Aber es gibt aus unserer Sicht weiterhin dringenden Handlungsbedarf, der von der Politik geleistet werden muss. Wenn wir jetzt noch einmal auf das Flughafenchaos im letzten Sommer zurückblicken. Das ist eine hoheitliche Aufgabe, die gewährleistet werden muss. Wir sehen hier noch nicht, dass die Personalsituation so geregelt ist, dass im Sommer alles reibungslos läuft. Das



wird schon wieder durch die Presse stigmatisiert und fällt damit auch negativ auf uns als Reisebranche zurück. Man macht den Leuten teilweise auch Angst. In meinem eigenen Reisebüro sagen die Kunden immer wieder, dass sie jetzt doch lieber mit dem Auto irgendwohin fahren möchten als eine Flugreise zu buchen.

Unsere Mitglieder haben nach wie vor mit den Überbrückungshilfen zu tun. Sie müssen sich jetzt mit den Rückmeldungen beschäftigen. Wir haben in vielen Unternehmen Prüfungen wegen des Kurzarbeitergeldes. Das ist ein Thema, was wir auch immer wieder während der Pandemie angesprochen haben. Wir haben es nicht für richtig gehalten, dass die Mitarbeiter in die Kurzarbeit geschickt wurden, sondern wir hätten die Mitarbeiter gerne in der Zeit weitergebildet und auf die neue Tourismuszukunft vorbereitet. Wir alle wissen, Tourismus muss sich verändern, Tourismus muss nachhaltiger werden, Tourismus muss digitaler werden. Wir haben die Mitarbeiter, die in Kurzarbeit waren und noch verfügbar sind, wieder zurückgeholt und fangen jetzt im Prinzip bei null an, was die Arbeit betrifft. Es gibt viel Nachholbedarf und wir hätten uns als Branche gewünscht, dass wir die Mitarbeiter hätten schulen dürfen, anstatt sie zu Hause sitzen zu lassen, nur damit sie in der Folge in andere Branchen abwandern.

Dazu kommen auch die unsäglichen Streiks, die wir jetzt wieder bei der Bahn befürchten müssen, die uns dadurch gerade bei den Pauschalreisen wieder in eine Haftung mit reinnimmt. Wir haben darauf keinen Einfluss, haben aber einen erhöhten Beratungs- und Handlungsbedarf bei unseren Kunden, wenn die Kunden nicht rechtzeitig zum Flieger kommen und sie dadurch ihre Pauschalreise nicht antreten können. Das ist gerade bei Rundreisen ein sehr großes Problem, weil man die nicht einfach mal einen Tag später antreten kann. Das Schiff oder der Bus sind dann weg und es gibt im Zielgebiet keinen Anschluss mehr.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Herzlichen Dank. Die nächste Frage kommt von der AfD. Herr Münzenmaier bitte.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Die erste Frage geht an Herr Luthé. Sie haben gerade auf die Frage

von Frau Vieregge ausgeführt, warum die drei möglichen Test-Vorschläge beim Meldeschein-Verfahren nicht wirklich praxistauglich sind und dass auch das Pilotprojekt eingestellt worden ist. Was wären die nächsten Schritte, die Sie von uns erwarten? Ich weiß, Sie begleiten das ganze Thema schon seit Jahrzehnten, von daher würde mich Ihre Praxiserfahrung interessieren.

Die nächste Frage geht an Herrn Kater. Wir alle haben gehört, dass die geplanten Neuregelungen der Margenbesteuerung hohe Wellen schlagen. Im Januar 2021 hat das BMF (*Bundesministerium der Finanzen, Anm.*) festgelegt, dass § 25 UStG (*Umsatzsteuergesetz, Anm.*) bei Reiseleistungen von Unternehmen ohne Niederlassung in der EU nicht mehr anwendbar ist. Diese Regelung ist bis Ende 2023 ausgesetzt. Was befürchten Sie, wenn die gegenwärtig ausgesetzten Pläne umgesetzt werden? Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, dass diese Neuregelung der Margensteuer nicht zu einem Rückzug von Unternehmen, die Reisen nach Deutschland veranstalten, kommt, der letztendlich auch zu einem Rückgang der Gästezahlen in Deutschland führt?

Markus Luthé (Hotelverband Deutschland): Das Thema digitaler Meldeschein beschäftigt mich wirklich schon sehr lange. Ich habe den ersten Brief ans Bundesinnenministerium in der Sache 1997 geschrieben, als Herr Kanther Bundesinnenminister war. Ich habe gebeten, ein Verfahren zu entwickeln, dass man auch ohne Rezeptionisten einchecken darf. 2002 haben wir den ersten Piloten aufgestellt. Das ist eine lange Geschichte.

Warum haben wir so große Hoffnung auf das von der Bundeskanzlerin prioritär vorangetriebene Projekt, mit der elektronischen Identität einchecken zu können, gesetzt? Es ist europäisch eingebettet und wir hätten zum ersten Mal die Chance, an der Rezeption die Gäste nicht fragen zu müssen, ob sie In- oder Ausländer sind. Wir müssen nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen von Ausländern zwingend das Reisedokument sehen, entsprechend bearbeiten und einen papiernen Meldeschein ausfüllen lassen.

Wenn wir eine europäische Lösung bekommen würden, in deren Rahmen wir die Identitäten beispielsweise auch eines französischen oder irischen



Handys auslesen könnten, hätten wir die Frage, Inländer oder Ausländer, Geschäftsreisender oder Privatreisender, geklärt.

Wir haben große Hoffnung auf die sogenannte eIDAS-Verordnung (*Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste, Anm.*) gesetzt. Sie ist gerade in der Novelle in Brüssel und wir haben gehofft, dass dort die Anforderungen europaweit gleich geregelt werden und dass unser Fall zu einem Pilotfall in ganz Europa erklärt wird. Das hat die Bundesregierung jetzt anders entschieden. Vielmehr hat sich die Bundesregierung ein nicht so ambitioniertes Ziel gesetzt. Es ist seitens Deutschlands ein *Use-Case (Anwenderfall, Anm.)* mit nur knapp 40.000 Anwendungsfällen pro Jahr gewählt worden. Unser *Use-Case* wäre einer mit 120 Millionen *Check-ins* gewesen, also ein echter *Use-Case*, der auch die Verbreitung des elektronischen Ausweises gefördert hätte. Da wünschen wir uns von der Bundesregierung ambitioniertere Ziele. Das Scheitern eines Projekts kann nicht zur Folge haben, dass wir uns jetzt digital zwei, drei Jahre abmelden. Wir wünschen uns, dass wir wieder in das Projekt aufgenommen werden und dass der Hotel *Check-in* dort eine Verankerung findet.

Michael Kater (Bundesverband der Deutschen Incoming-Unternehmen): Vielen Dank, dass Sie dieses Thema aufgreifen, denn in der Tat war die Margenbesteuerung von Veranstaltern aus Drittländern ein wirklich kritisches Thema, was die Branche letztlich über viele Monate beschäftigt hat. In unserem mit Abstand wichtigstem außereuropäischen Quellmarkt, den USA, hat es sehr hohe Wellen geschlagen. Dort ist es auch in die Tourismusindustrie gegangen. Wir haben als Verband über mehrere Monate hinweg dieses Thema immer wieder aufgegriffen. Es ist in den USA und auch in anderen Ländern mit einem gewissen Befremden registriert worden, dass der deutsche Fiskus auf einmal amerikanische Unternehmen gewissermaßen besteuern will. Wir sind sehr dankbar, dass jetzt eine Regelung absehbar ist. Gleichwohl fragen wir uns, wann diese Umsetzung nun tatsächlich kommt.

Wir hatten das Thema sehr lange, es gab immer mal wieder so kleine Zwischenschritte. Sie haben gerade die Thematik der Aussetzung angesprochen. Jetzt ist es wieder verschoben und wir hoffen nun

wirklich, dass es tatsächlich kommt, denn die Folgen wären aus unserer Sicht für den *Inbound-Markt (grenzüberschreitender Reiseverkehr aus dem Ausland, Anm.)* katastrophal. Ich möchte das an dieser Stelle auch gern noch einmal mit dem *Outbound-Markt (Ausreisetourismus von Inländern im Rahmen des grenzüberschreitenden touristischen Reiseverkehrs, Anm.)* verknüpfen. Die Idee amerikanische, chinesische oder thailändische Reiseveranstalter zu besteuern, würde im Umkehrschluss nur zu leicht dazu führen, dass deutsche Reiseveranstalter, die mit deutschen Gästen in die USA, nach China oder Thailand reisen dann dort auch besteuert würden. Es würde wie ein Bumerang zu uns zurückkehren. Insofern hoffe ich, dass wir dort wirklich bald zu einer dauerhaften Regelung kommen.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Vielen Dank. Jetzt hat Nico Tippelt das Wort für die FDP, bitte.

Abg. **Nico Tippelt** (FDP): Unsere erste Frage geht auch an Herrn Kater. Sie schildern einen positiven Trend für das *Incoming* im laufenden Jahr. Offenbar gibt es jedoch große Unterschiede, was die Quellmärkte betrifft. Können Sie uns das ein wenig konkreter schildern, also wie die Geschäftsentwicklung in Bezug auf europäische und außereuropäische Quellmärkte aussieht und dies auch differenzieren in Bezug auf Freizeit und diesen sogenannten *MICE-Tourismus [Der Begriff MICE steht für Meetings (Zusammenkünfte), Incentives (Mitarbeiterreisen, die vom Arbeitgeber bezahlt werden), Conventions (Kongresse) und Exhibitions (Ausstellungen), Anm.]*.

Die zweite Frage geht an Herrn Häupl. Sie sagen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, um eine zweckgebundene Klimaschutzabgabe zu etablieren. Das hätten wir gerne etwas näher erläutert. An welcher Stelle genau soll diese von wem und in welcher Höhe erhoben werden? Von anderen Mitstreitern hören wir heute, dass die Reisepreise schon in diesem Jahr durch die Decke gehen. Ist da noch Luft nach oben für weitere Abgaben? Ist der heutige Urlauber dazu bereit, eine solche Abgabe, die einen höheren Reisepreis erfordert, zu bezahlen? Wird Reisen damit nicht auch zum Luxusgut einer privilegierten Bevölkerungsgruppe?

Michael Kater (Bundesverband der Deutschen Incoming-Unternehmen): Ich möchte mich an dieser



Stelle insbesondere im Namen der *Inbound-Branche* für die Maßnahmen der Koalitionsparteien im Kontext der Überbrückungshilfen bedanken. Der *Inbound-Tourismus* steht im Moment wirklich gut da. Er steht auch deswegen gut da, weil durch die Kurzarbeit und Überbrückungshilfen diese Strukturen aufrechterhalten werden konnten. Als die Nachfrage aus dem Ausland wieder kam, waren die *Inbound-Unternehmen* startbereit, für ihre Ansprechpartner und Kunden aus dem Ausland zu agieren. Deswegen ist dieser *Restart (Neustart, Anm.)* aus Sicht der *Incoming-Unternehmen* gut gelungen und das basiert stark auf diesen Überbrückungshilfen.

Wenn man sich das mal ein bisschen genauer anschaut, stellt man fest, dass das *innereuropäische Inbound* gut aussieht. Das ist gar keine Frage. Wir lesen alle fast täglich die Erfolgsmeldungen. Natürlich ist es ein Erfolg von 2021 zu 2022 und von 2022 zu 2023. Was uns ein bisschen Sorge bereitet, sind die *außereuropäischen* Quellmärkte. Ich habe gerade kurz die USA als den wichtigsten Überseemarkt benannt. Da gibt es doch eine gewisse Zurückhaltung, die weniger auf den Quellmärkten an sich beruht, sondern auf der geographischen Lage Deutschlands. Aus amerikanischer Perspektive liegt Kiew quasi direkt neben Berlin.

Es ist mir wichtig, dies hier auch in dieser Runde zu thematisieren. Der Krieg in der Ukraine taucht täglich in den Medien auf, er wird aber auch in den ausländischen Märkten wahrgenommen. Wir werden dort als Zentraleuropa gesehen und in diesen Märkten sieht man die große Nähe von Kiew zu uns. Es sind nur zwei Flugstunden, für Amerikaner ist das um die Ecke, für chinesische, indische Kunden ist es genau der gleiche Ansatz. Das taucht nicht großartig in den Umfragen auf, aber wir hören immer wieder, dass das thematisiert wird. Ich glaube, wir sollten in dieser Richtung auch realistisch sein, solange dieser schreckliche Krieg weitergeht, wird er auch diese Märkte zumindest etwas limitieren. Gleichwohl sind wir beim Inbound-Tourismus insgesamt auf einem guten Weg.

In der sogenannten *MICE-Branche* hängen wir noch etwas weiter zurück. Da sind wir ungefähr 10 Prozent hinter der Erholung aus dem *Leisure-Segment (Freizeitsegment, Anm.)*. Aber ich glaube auch dort

sind wir insgesamt auf einem guten Weg und blicken positiv in die Zukunft.

Manfred Häußl (forum anders reisen e.V.): Das Thema ist ziemlich komplex. Die Frage ist, ob jede Form des Reisens wirklich sinnvoll ist. Ist es wirklich sinnvoll, eine Drei-Tage Shopping-Reise nach Dubai zu machen? Da wird der Geldbeutel strapaziert, der *Jetlag* holt einen ein und wir haben nichts fürs Klima getan. Also nicht jede Reiseform ist eine gute Reiseform. Wir haben tatsächlich den Reiseslogan „Reise weniger“.

Deswegen binden wir Klimathemen auch an soziale Themen. Den sozialen Ausgleich darf man nicht vernachlässigen, wenn man über Klimathemen spricht. Ein sozialer Ausgleich kann dadurch entstehen, dass wir beispielsweise länger in einem Land bleiben. Das ist für uns als Reisende gut und das ist für die Menschen und die Wertschöpfung dort auch gut. Das Überthema heißt „Transformation des Reisens“, also nicht jede Form des Tourismus sollte man *hype*, sondern es geht tatsächlich darum, neue und nachhaltige Formen des Tourismus zu finden und zu fördern.

Wir müssen auch die ehrlichen Kosten des Reisens benennen, damit die Klimakrise nicht zu einer sozialen Krise wird. Der CO₂ Ausstoß ist eine solche Belastung. Wie kann man das bewerten? Aktuell gibt es nur die Möglichkeit der Kompensation, um Emissionen zu verhindern und zu reduzieren. Wir haben noch keine alternativen Treibstoffe. Das wird auch noch sehr lange dauern. Ich habe gerade eine Untersuchung gelesen, dass selbst bis 2050 die *E-Fuels (nachhaltige Brennstoffe, Anm.)* noch nicht komplett das bestehende Kerosin ersetzen können. Das heißt, wir haben hier immer noch eine Verschmutzungslücke, die es zu schließen gilt und die einzige Methode ist Kompensation, die wir mit *atmosfair* hier in Berlin machen.

Wir haben sehr lange auf die freiwillige Kompensation der Gäste gesetzt. Die Gäste hatten die Möglichkeit, selbst diese Kompensationsleistung zu erbringen. Das hat eine Quote in der Branche von zwei bis drei Prozent erbracht. Dann haben wir uns entschieden, dass wir zu 100 Prozent kompensieren wollen, weil wir jetzt die Verantwortung übernehmen. Ja, es ist richtig, das geht auf den Reisepreis, aber nur über diese Verantwortung, die wir



als Reiseveranstalter übernehmen, schaffen wir es überhaupt, einen Fortschritt bzw. ein Tempo zu bekommen, das wir bisher über die freiwillige Kompensation nicht hatten.

Daraus leiten wir die Forderung der zweckgebundenen Klimaabgabe ab, um diesen Wettbewerbsnachteil, der tatsächlich durch die Einpreisung der Kompensation entsteht, auszugleichen. Es muss eine Abgabe sein, weil eine Steuer in den allgemeinen Steuersäckel fließt. Die Abgabe muss zweckgebunden sein und für Forschung und Entwicklung nachhaltiger Treibstoffe eingesetzt werden. Damit schaffen wir wieder eine gewisse Waffengleichheit in der Branche, so dass wirklich alle solidarisch an diesem Umbau bzw. an dieser Verschmutzung beteiligt werden. Wir alle sind die Verursacher und deshalb müssen alle die Verantwortung übernehmen.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Jetzt haben wir in der ersten Fragerunde noch Herrn Lutze für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Thomas Lutze** (DIE LINKE.): Ich habe eine Frage an den Deutschen Tourismusverband und an den Hotelverband Deutschland. Wir hatten in der Corona-Krise hier immer im Mittelpunkt das Thema Abwanderung von Fachkräften. Wie gestaltet sich aus Ihrer Sicht der Aufschwung der Tourismusbranche? Die Fachkräfte sind ein wichtiges Standbein und vieles lässt sich auch nicht automatisieren oder durch irgendwelche anderen Sachen ersetzen. Mit weniger Personal kann ich kaum einen Aufschwung machen. Deswegen würde mich interessieren, wie Sie die aktuelle Situation sehen, was den Umgang mit dem Fachkräftemangel in Ihrer Branche angeht.

Markus Luthe (Hotelverband Deutschland): Wir haben in der Branche generell einen Mitarbeitermangel. Es betrifft nicht nur die Fachkräfte. Die Branche hat einen sehr großen Bedarf. Uns fehlen noch knapp 25 Prozent der Mitarbeiter, verglichen mit der Zahl, mit der wir in die Krise gegangen sind. Vieles lässt sich durch Automation und Digitalisierung kompensieren. Dies bringt in einem Dienstleistungsgewerbe aber auch Qualitätseinbußen mit sich.

Die Maßnahmen sind vielfältig. Viele obliegen den Tarifpartnern, zu denen wir als Hotelverband Deutschland nicht gehören. Wir sind Teil des DEHOGA (*Deutscher Hotel- und Gaststättenverband, Anm.*). Dort liegt bei den Regionalverbänden die Tarifkompetenz, aber wir sehen, dass die Bundesregierung das Thema mit der Chancenkarte und mit der erleichterten Einwanderung aufgegriffen hat. Wir haben aber auch den Finger in eine Wunde gelegt, dass vieles davon aus unserer Sicht nicht praxistauglich ist. Zum Beispiel wird die jetzt erweiterte West-Balkan-Regelung nicht greifen, wenn nicht genügend Visa ausgestellt werden. Wenn der Faktor 100 zwischen Anträgen und Bearbeitungen liegt, dann greift diese Regel, von der wir profitieren könnten, einfach nicht. Wir haben immer noch Schwierigkeiten mit den Anerkennungsverfahren. Wir haben Schwierigkeiten in der Welt etwas Vergleichbares zu unserer sehr geschätzten dreijährigen Berufsausbildung hier in Deutschland zu finden, um entsprechende Anerkennungsverfahren zu haben. Da würden wir uns mutigere Erleichterungsschritte wünschen.

Sie werden zu Recht fragen, was macht die Branche selbst. Ich darf darauf hinweisen, dass wir massive Steigerungen bei den Tariflöhnen haben. Vieles davon wurde auch durch den Mindestlohnschock ausgelöst. Dieser ließ sich nicht auf die unterste Lohngruppe beschränken, sondern zog sich durch alle Tarifgruppen der Branche, weil entsprechende Abstandsgebote einzuhalten sind. Da hat die Branche viel gemacht.

Hier in der gebotenen Kürze, was wir als Verband unterstützend tun können: Wir haben im letzten Jahr für alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland einen Piloten gestartet. Wir fordern unsere Mitglieder auf, auf ihre Mitarbeitenden zuzugehen und sie zu Bewertungen auf Arbeitgeberportalen zu animieren. Wir arbeiten mit dem größten Arbeitgeberbewertungsportal zusammen. Wir haben dort selbstverständlich keinen Einfluss auf die Bewertungen, zumindest aber auf die Struktur, dass die Hotellerie als einzelne Branche dort vertreten ist. Wir können die Datenqualität dort verbessern und wir erwarten uns davon maximale Transparenz in den Arbeitsbedingungen. Wir wollen nicht, dass irgendein Talent, das sich für unsere Branche interessiert, die Branche wieder verlässt, weil es an den falschen Arbeitgeber geraten ist. Wir wollen, dass aus den



wenigen Bewertungen, die dort stehen, ein paar Hundert werden, damit man sich im Vorhinein objektiv informieren kann, ob das, was der Arbeitgeber verspricht, dann tatsächlich in der Praxis auch gehalten wird. Es ist ein ganzer Instrumentenkatalog, durch den wir volle Markttransparenz seitens der Arbeitgeber herstellen möchten.

Norbert Kunz (Deutscher Tourismusverband): Beim Thema Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat Herr Luthe schon wichtige Punkte genannt. Dem schließen wir uns ausdrücklich an. Was die Fachkräfteeinwanderung betrifft, ist uns das noch zu wenig auf das Thema Arbeitskräfte ausgerichtet. Auch die Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit einspeist und zur Verfügung stellt, sind uns im Bereich nicht qualifizierte Zu- und Einwanderung deutlich zu niedrig. Da muss noch nachgeschärft werden.

Aber ich möchte noch auf einen ganz anderen Punkt eingehen, von dem wir als Verband der Destinationen in Deutschland unmittelbar betroffen sind. Wenn Reisende in eine Destination kommen und irgendwo die Reisekette unterbrochen ist, entsteht im Deutschlandtourismus ein Qualitätsverlust.

Die andere Seite der Medaille ist, dass wir nicht nur zusätzliche Fach- und Arbeitskräfte gewinnen, sondern uns auch um die bereits vorhandenen Mitarbeiter kümmern müssen. Stichworte dazu sind: gute Ausbildung, gute Arbeit vor Ort, Familie und Beruf in Einklang bringen, auch gute Bezahlung, Wertschätzung, Ausbildung noch attraktiver gestalten. Ausbildung ist ein Punkt, der aus meiner Sicht in der öffentlichen Debatte noch ein Stück weit zu kurz kommt

Wir haben zusammen mit Destinat (*Destinat ist ein Unternehmen, das auf die Vermarktung von Destinationen spezialisiert ist, Anm.*) eine Umfrage gemacht, in der wir uns ausdrücklich auch an die eigene Nase fassen und schauen, wie es im Destinationsmanagement aussieht. Auch dort sieht es so aus, dass fast 27 Prozent der Beschäftigten darüber nachdenken, in andere Bereiche zu wechseln. Das ist eine ernst zu nehmende Sache. Wir müssen uns als Deutscher Tourismusverband mit unseren Mitgliedern darum bemühen, auch bei uns selbst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Beschäftigten bei uns bleiben und im Tourismus eine

Zukunft sehen.

Ich spreche das deswegen so ausdrücklich an, weil ich denke, es reicht nicht aus, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Die Branche muss auch ihre Hausaufgaben erledigen und die Dinge tun, die aus meiner Sicht viele Jahre zuvor schon brachlagen und nicht ausreichend in Angriff genommen worden sind.

Zuletzt möchte ich auch ein positives Beispiel erwähnen. Ein Hotelier aus Thüringen, einer strukturschwachen Region, hat mir berichtet, wie er mit dem Thema Fach- und Arbeitskräftemangel umgeht und was er ganz konkret in seinem Hotel unternimmt. Er gibt die Preiserhöhungen für die Betten unmittelbar an seine Beschäftigten weiter und hat ein ganz ausgeklügeltes Instrumentarium entwickelt, um seine Beschäftigten an Bord zu halten. Er hat mir jedenfalls berichtet, dass er keinen Fach- und Arbeitskräftemangel in seinem Hotel habe. Das sind Beispiele, die müssen noch viel häufiger gezeigt werden. Das sind Unternehmer in unserem Land, die konkret die Ärmel hochkrempeln und etwas dafür tun, dass sie dieses Problem nicht haben oder es zumindest reduzieren. Davon haben wir eine ganze Menge.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Für die SPD, Frau Werner bitte.

Abg. **Lena Werner** (SPD): Ich schließe nahtlos an das Thema an, richte meine Fragen aber explizit an Herrn Inger. Es gibt auch Berufsschulklassen und Studiengänge, die in den letzten Jahren nicht alle voll besetzt werden konnten oder teilweise auch ausgefallen sind. Das ist jetzt auch kein neues Phänomen. Das gab es auch vorher schon, genauso wie den Arbeitskräftemangel, der sich jetzt durch Corona sehr verschärft hat.

Danke Herr Kunz, dass Sie gesagt haben, dass die Branche sich auch selbst neu orientieren und entsprechend auf den Markt reagieren muss. Es gibt auch einige Themen, die wir von Tourismusseite aus steuern können. Mich würde trotzdem interessieren Herr Inger, wie sich die Lage aus Ihrer Perspektive darstellt und ob man eine neue Initiative für den Ausbildungsberuf Reiseverkehrskaufmann starten könnte. Sie haben in Ihrem Bericht auch



eine genannt. Vielleicht können Sie dazu noch ein wenig ausführen.

Ein zweiter Bereich ist mit Blick auf den Fachkräftemangel die Digitalisierung und die Innovationskraft, die noch in der Branche drinsteckt. Inwieweit kann hier noch nachgesteuert und über Digitalisierung eventuell ausgeglichen werden?

Dirk Inger (Deutscher Reiseverband): In der Tat haben wir eine große Herausforderung, die möglicherweise, wenn wir das nicht klug anpacken, noch unsere künftigen Wachstumsaussichten einschränken wird. Wir sehen einen Rückgang, wenn wir uns die Auszubildendenzahlen anschauen. Wir haben im Schnitt vor Corona jährlich 1.800 junge Menschen zu Reiseverkehrskauffleuten ausgebildet. Diese Zahl ist in der Corona-Zeit heruntergegangen, erholt sich zwar deutlich, aber nicht in dem Maße, wie wir uns das wünschen würden.

In Verbindung mit der Tatsache, dass die *Babyboomer-Generation* in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen wird und derzeit weniger junge Leute ausgebildet werden, sehen wir damit verbunden auch zwei weitere Entwicklungen. Erstens, die Berufsschulklassen kommen nicht mehr vollständig zusammen. Das führt dazu, dass Ausbildungsjahrgänge gestrichen werden und dass mehrere Schulen ihre Klassen zusammenlegen müssen, um diese Arbeitskräfte dann künftig ausbilden zu können. Das ist das eine Problem.

Wir sehen das zweite Problem an den Universitäten. Auch dort haben wir Schwierigkeiten, die touristischen Studiengänge voll zu bekommen. Das führt dazu, dass Studiengänge verändert werden und nicht mehr diese Fokussierung auf den Tourismus anbieten. Das bedeutet im Umkehrschluss für die Zukunft, dass wir wahrscheinlich Schwierigkeiten haben werden, ausgebildete Fachkräfte zu bekommen. Wir können dies auch nicht durch Einwanderung lösen, denn die Tätigkeit gerade im Reisebüro bedarf auch eines kulturellen Verständnisses. Ich muss wissen, wie tickt mein Kunde, welche Erwartungen hat er, sonst kann ich das so ohne weiteres nicht machen. Das setzt nicht nur eine Sprachkompetenz daraus, sondern auch eine kulturelle Kompetenz.

Was können wir tun? Wir appellieren einerseits an unsere Unternehmen, auszubilden. Das ist sehr wichtig. Wir versuchen mit dem Projekt „*Easy Boarding*“ eine Jobplattform aufzubauen. Das machen wir zusammen mit einer Agentur und der touristischen Zeitschrift *Travel Counter*. Es wendet sich an Berufe, die bei Reiseveranstaltern, Reisebüros sowie touristischen Dienstleistern unterwegs sind. Es fokussiert sich darauf, junge Menschen für die Ausbildungen in diesen schönen Berufen zu begeistern und auch Studieninteresse in diesen Bereichen zu wecken, aber auch einen Markt anzubieten, in den Fachkräfte wechseln können. Eine wichtige Gruppe, die wir ansprechen wollen, sind diejenigen, die in der Pandemie aus unserer Branche weggegangen sind, weil ihnen die Zukunftsaussichten zu unsicher waren. Sie gilt es zurückzuholen und gleichzeitig auch auf Quereinsteiger zu schauen, wie wir diese möglicherweise in unsere Branche integrieren können. Das alles sind notwendige Anstrengungen.

Wir würden uns im Übrigen von politischer Seite wünschen, dass wir die für den Tourismus wichtigen Strukturen an den Berufsschulen und auch an den Hochschulen erhalten. An einigen Stellen müssen wir sie tatsächlich auch zurückgewinnen und zurückentwickeln, denn da ist in der Pandemie das eine oder andere verloren gegangen. Wir halten es für essenziell, in unserem Bereich an diesen Stellen etwas zu machen.

Frau Werner, Sie sprachen das Thema Digitalisierung an. Digitalisierung ist in allen Bereichen der Touristik weit verbreitet. Es gibt heute nicht mehr den Kunden, der entweder ins Reisebüro geht oder *online* bucht, sondern das ist längst durchmischt. Reisebüros haben in der Pandemie auch Videoberatung angeboten und behalten es bei. Es gibt maßgeschneiderte Angebote, es passiert sehr viel digital. Diese ganzen digitalen Instrumente, diese Vermischung unterschiedlicher Buchungskanäle, über Telefon, über E-Mail, über die Einbindung von Onlinemaschinen, *Internet Booking* usw. – das alles ist längst Alltag geworden und fast alle Berufe in der Touristik sind hochdigitalisierte Berufe.

Wir versuchen auch immer wieder in der Erläuterung der vielen unterschiedlichen Berufsbilder deutlich zu machen, dass es sich hier um sehr mo-



derne, hochinteressante Dienstleistungsberufe handelt, die häufig mit einem sehr engen Kontakt zu Kunden verbunden sind. Wir sehen, dass gerade junge Menschen diese Berufe mit großer Freude ausüben. Wir haben als Verband ein „*Young Talents*“-Programm, über das wir junge Menschen gezielt ansprechen.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Herzlichen Dank Herr Inger. Für die CDU-Fraktion Frau Karliczek bitte.

Abg. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Meine zwei Fragen gehen an Frau Budde, die sich sehr mit dem Thema Ausbildung beschäftigt hat. Welche Veränderungen braucht es bei den Berufsbildern? Könnte eine Präsentation der Tourismusberufe als attraktive Berufsbilder zusammen mit dem BMAS (*Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Anm.*) ein Teil der Lösung sein, um wirklich auch junge Leute zu begeistern?

Sie haben sich auch mit dem Thema Pauschalreise-recht und Haftung beschäftigt. Könnten Sie dazu noch ein paar Sätze sagen. Sind Sie als asr schon mit Europa in Kontakt? Was braucht es an Veränderung, gerade für Krisenzeiten? Wie reagiert man bei Corona, wer muss die Haftung dann übernehmen? Welche konkreten Änderungen wünschen Sie sich?

Anke Budde (Allianz selbständiger Reiseunternehmen): Sehr gerne gehe ich auf das Thema Arbeits- und Fachkräftemangel ein und kann mich da meinen Vorrednern nur anschließen. Es ist sehr wichtig, dass wir junge Menschen für eine Ausbildung im Tourismus begeistern. Der asr hat sich die Mühe gemacht und in den vergangenen Wochen 30.000 Realschulen und Gymnasien angeschrieben und nachgefragt, wie dort der Informationsstand ist und ob es Bedarf gibt, dass wir als Branche bei der Berufsberatung unterstützen.

Es ist ein erstaunlich hoher Bedarf da und wir haben viele Rückmeldungen bekommen, dass man sich wünschen würde, dass die Branche an die Schulen kommt und informiert. Ich glaube, dass alle Bemühungen, die wir als Branche gemacht haben, bislang viel zu spät angesetzt haben. Da gibt es verschiedene Themenfelder, die wir auch branchenintern angehen und lösen müssen. Wir müssen

Praktika anbieten und zeigen, dass wir als Unternehmen bereit sind, jungen Menschen eine Chance zu geben. Wir müssen auch viel mehr weg davon, dass wir nur Abiturienten mit Einser-Durchschnitt wollen. Wir nehmen auch Menschen mit geringeren Abschlüssen, die aber in der Praxis sehr gut geeignet sind.

Ich bin letzte Woche selbst für einen Informationsabend an einer Realschule bei mir in der Region gewesen und habe die Teilnehmer gefragt, warum sie sich eingeschrieben haben und welche Lieblings-reiseländer sie haben. Es war ein bisschen erschreckend, weil zunächst Schweigen im Walde war. Da sagte ich: „Macht mal die Augen zu und erzählt mir doch mal was darüber.“ Da kamen dann Griechenland, Kroatien und Türkei. Darauf sagte ich: „Von euch will keiner nach Neuseeland, keiner nach Australien? Was verbindet ihr denn mit Reisen, was verbindet ihr denn mit Tourismus? Habt ihr denn Spaß am Reisen, habt ihr denn Spaß an Menschen?“

Letztendlich konnte keiner etwas mit Tourismus anfangen. Es war auch so ein bisschen symptomatisch. Es gab zwei *Workshops* für jeden Anbieter. Bei mir ist nur einer besetzt gewesen. Ich habe beispielsweise mit BASF konkurriert, die sehr stark in dieser Region zu Hause ist und das hat mir gezeigt, dass wir als Branche tatsächlich einen bestimmten Ruf haben. Wir begegnen auch immer wieder öfters der Aussage: „Na ja, ich habe auch keine Lust am Wochenende zu arbeiten. Am Wochenende will ich feiern.“ Meine Gegenantwort ist dann immer: „Wenn du feiern willst, wer soll dich dann bedienen, wenn keiner mehr am Wochenende arbeitet?“

Ich glaube einfach, dass wir hier gemeinsam ansetzen müssen. Die Stigmatisierung der dualen Ausbildung ist vorhin schon mal angeklungen. Wir müssen Menschen wieder in die duale Ausbildung reinbringen. Wir müssen in den Schulen dafür begeistern, dass nicht jeder studieren muss, sondern dass man mit einer dualen Ausbildung weltweit einen anerkannten Berufsabschluss und auch weltweit sehr gute Karrierechancen hat. Das ist etwas, das mir auch in den Gesprächen mit den Lehrern bewusst geworden ist, dass die Kinder von zu Hause angehalten werden, Abitur zu machen und zu studieren. Ich glaube, dass das nicht nur ein Problem für unsere Branche ist, sondern dass es ein



generelles Problem ist.

Deswegen glaube ich, dass wir das BMAS brauchen. Es braucht eine gemeinsame Datenbank, in der Schüler Praktikumsplätze finden können. Mein Sohn ist jetzt in der 9. Klasse. Die Kinder seiner Klasse haben sehr viele Betriebe angerufen, um einen Praktikumsplatz zu finden. Das darf nicht passieren. Wenn wir uns ernsthaft Sorgen machen um unsere Nachwuchskräfte und um Ausbildungsmöglichkeiten, dann müssen wir Praktika bieten. Dann müssen wir den jungen Menschen eine Chance bieten. Deswegen ist es notwendig, dass nicht nur die Tourismusbranche eine Datenbank macht. Ich finde es sehr gut, dass es überhaupt schon Datenbanken gibt, in denen man etwas nachschauen kann. Aber wenn sich jemand noch gar nicht für Tourismus interessiert, wird er auch nicht nach Tourismus suchen. Wir müssen die Menschen über sehr niedrigschwellige Fragen, wie „Reist du gerne, hast du Spaß am Umgang mit Menschen?“, überhaupt erstmal dafür einnehmen, dass sie sich mit einer Ausbildung im Tourismus generell beschäftigen.

Die zweite Frage ging Richtung Pauschalreiserichtlinie. Wir sind hier schon mit der EU im Gespräch. Wir haben auch schon mehrfach unsere Wünsche eingereicht. Wir glauben, dass Verbraucherinteressen und unternehmerische Interessen stärker ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Gerade Reiseveranstalter sind immer wieder in der starken Haftung für Zwischenfälle, die sie gar nicht beeinflussen können. Damit sind wir wieder bei dem Thema Streik oder Pandemie. Es ist sehr wichtig, dass das jetzt bei der Evaluierung aufgenommen wird und dass beispielsweise im Falle einer erneuten Pandemie die Haftung eingeschränkt sein muss, damit Reiseveranstalter nicht zwangsweise für alle Fälle haften, die sie gar nicht beeinflussen können. Es sind auch mittlerweile starke finanzielle Aspekte mit zu berücksichtigen, die Reiseveranstalter dann teilweise wettbewerbsunfähig machen. Wenn man dieses Risiko in einer gewissen Form mit einkalkulieren muss, kann man irgendwann im nationalen oder internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Schmidt.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen. Meine erste Frage geht an Herrn Inger. Sie haben schon in der ersten Runde erläutert, dass die Umsätze zwar steigen, aber die Zahl der Reisenden etwa 20 Prozent niedriger war als 2019. Sie haben auch Ihre Sorge in der Stellungnahme geäußert, dass sich Familien mit geringeren Einkommen keinen Urlaub mehr leisten könnten. Ich möchte gezielt nachfragen, wie sich die Reisepreise zwischen 2019 und Februar 2022 geändert haben. Wie hat sich das Buchungsverhalten entwickelt?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Häupl. Mein Kollege, Herr Tippelt hatte Ihnen in der ersten Runde schon die Chance gegeben, zu Ihrem Vorschlag, die Preisentwicklung im Flugverkehr an Umweltfaktoren zu koppeln und die Einnahmen in klimafreundliche Antriebe und Kraftstoffe zu investieren, auszuführen. Vielleicht können Sie das an der Stelle noch ein bisschen ausführen und konkret aufzeigen, inwiefern der Flugverkehr aus Ihrer Perspektive aktuell richtig oder fair bepreist wird – auch gegenüber anderen Mobilitätsarten.

Dirk Inger (Deutscher Reiseverband): Ich hatte schon versucht, ein paar Aspekte zu beleuchten und will das gerne noch einmal etwas ausführlicher tun. Wir sehen sinkende Haushaltseinkommen, was die Realeinkommen angeht. Wir sehen eine Steigerung der Energiepreise. Das wirkt sich auf die Flugkosten aus. Flüge sind im Schnitt teurer geworden, sowohl für den Endkunden als auch für Reiseveranstalter. Wir sehen auch gestiegene Hotelpreise in fast allen Mittelmeerländern aus den gleichen Gründen: Energiepreise, nachpandemische Effekte. Eine andere Entwicklung, die damit im Zusammenhang steht, ist, dass vor allen Dingen Familien im Hochsommer versuchen, Kostenklarheit zu gewinnen. Das führt dazu, dass insbesondere *All Inclusive Urlaube* an Attraktivität gewinnen, weil man damit die Gesamtkosten, die eine Reise im Sommer hat, besser abschätzen kann.

Das sind Entwicklungen, die wir sehen, die uns freuen mit Blick darauf, dass sich das Volumen erhöht. Wir müssen immer im Blick haben, der Durchschnittspreis für eine Reise in Deutschland liegt bei etwa 700 Euro pro Kopf. Das sind niedrige Preise, bei einer durchschnittlichen Reisedauer von knapp 11 Tagen. Das geben die statistischen Werte



her. Es ist es ein sehr harter Wettbewerbskampf, diese Reisen zu diesen günstigen Preisen anbieten zu können. Aber in der Tat, wir haben den Wunsch, dass möglichst viele Menschen verreisen können und versuchen aus diesem Grunde, die Reisen so günstig wie möglich einzukaufen und weiterzugeben.

Das hat im Übrigen auch in diesem Jahr dazu geführt, dass Reisen deutlich früher gebucht werden, um sich die günstigen Angebote zu sichern. Dieses Jahr wird sicher kein *Last-Minute-Jahr* werden. Es wird auch im Sommer noch Angebote im kurzfristigen Bereich geben, aber die werden nicht so preisgünstig sein, wie die Angebote, die man jetzt im Frühjahr buchen kann.

Manfred Häupl (forum anders reisen e.V.): Ich hatte vorhin schon ausgeführt, dass wir Reisen auch an Aufenthaltsdauern knüpfen. D.h., wir haben beispielsweise bis 3.800 km, das ist so der Mittelmeerraum, einen Mindestaufenthalt von 8 Tagen und bei Fernreisen ist der Mindestaufenthalt 14 Tage, um diesen sozialen Ausgleich für die CO₂-Belastung herzustellen. Die Transformation des Reisens bedeutet auch eine Umstellung in unseren Messbarkeiten, also berechnen wir nur Preise und *Paxe (Pax <passenger> ist eine Maßeinheit für die Anzahl von Passagieren in der Luftfahrt, Schifffahrt, für die Gäste in der Hotellerie und für die Besucher von Veranstaltungen, Anm.)* oder wir berücksichtigen auch die Wertschöpfung, die wir im Land haben. Ich bin absolut dafür, dass jeder reisen und Urlaub machen soll. Aber die Frage ist auch das „Wie“ des Reisens. Deswegen fordern wir die CO₂ Abgabe.

Es gibt meines Wissens keine Kerosinsteuer. Es ist der einzige Treibstoff, der nicht besteuert wird. Dafür gibt es viele Argumente, aber irgendjemand muss den Anfang machen. Wenn man so will, haben wir mit der hundertprozentigen Kompensation jetzt einen Anfang gemacht. Ich kann Ihnen sagen: ich sehe keinen Rückgang. Wir haben keine Reklamationen der Gäste, die das zurückfordern oder die sagen, wir möchten das rausgerechnet bekommen. Ich weiß das auch von meinen Kollegen. Unsere Überzeugung ist, dass sich die Reisenden mehr und mehr nach Lösungen und Dienstleistungen sehnen, die wir zur Verfügung stellen. Wir müssen die Ver-

antwortung übernehmen und das Problem der Reisenden lösen.

Die Klimasensibilität ist enorm und gerade auch durch Corona jetzt nochmal gestiegen. Ich glaube, die Erwartung an uns ist nicht nur der Preis, sondern auch die Verantwortung. Wenn wir sie übernehmen, dann haben wir einen Mehrwert, wir haben unsere Existenzberechtigung noch einmal unter Beweis gestellt. Darauf würde ich setzen und dass wir diese Klimaabgaben auch zweckgebunden einsetzen. Das geht einmal in Forschung und Entwicklung, aber auch in Klimaschutzprojekte, um überhaupt CO₂ zu vermindern. Damit können wir auch eine Transformation der Antriebe und des nachhaltigen Reisens aus der Klimakrise bewirken.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt Herr Moncsek für die AfD.

Abg. **Mike Moncsek** (AfD): Meine Fragen gehen an Herrn Luthe. Sie nannten als Hindernis für einen erfolgreichen Neustart im Tourismus die zahlreichen Berichtspflichten. Als Beispiel nannten Sie die Berichtspflichten im Bereich des Lieferkettengesetzes. Können Sie uns bitte erläutern, warum die Berichtspflichten durch das Lieferkettengesetz die Hotelwirtschaft vor Probleme stellt?

Als nächstes möchte ich im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Belastungen die energetischen Sanierungspflichten für Hotelgebäude ansprechen. Welche finanziellen Belastungen ergeben sich für die Hotelbranche durch die europäischen Richtlinien bei der Umsetzung der energetischen Sanierung?

Markus Luthe (Hotelverband Deutschland): Das Lieferkettengesetz klingt erst einmal so, als würde es uns noch gar nicht betreffen. Es gilt in diesem Jahr für Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern und ab dem nächsten Jahr für Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern. Das betrifft schon mal einen Teil der Branche. Aber das ist gar nicht unser Hauptpunkt. Das sickert in den Anforderungen weit vorher durch – vor diesen Kennzahlen. Denn die großen Unternehmen mit ihren Firmenreisestellen schreiben mit einem Fragenkatalog von über 40 Seiten mal soeben locker die kleinen mittelständischen Betriebe an und bitten um Auskunft über



Wasserverbrauch pro Gast, Wassereinsatz pro Quadratmeterfläche und sie fragen die Kennziffern für einen ganz normalen Rahmenvertrag für Übernachtungen ab.

Wir werden im Weihnachtsgeschäft merken, dass wir in der Gastronomie für die Weihnachtsfeiern dieser Unternehmen zu einem vollen *Reporting* verpflichtet sind. Man wird in der Gaststätte gefragt, wie es denn mit dem Lieferkettengesetz aussieht, woher werden die Rohstoffe bezogen, was kommt zum Einsatz etc. Das ist sehr bürokratisch geworden. Wir sind bemüht, Standards zu entwickeln und hoffen, dass wir ein standardisiertes Frage-Antwort-Spiel hinbekommen. Denn das kann niemand bewältigen, wenn man von jedem Kunden einen potenziell anderen Fragebogen für einen überschaubaren Umsatz auszufüllen hat. Da muss es eine gewisse Standardisierung geben.

Wir erleben gerade das Gegenteil. Dieses Gesetz ist eines der wenigen Gesetze, die es erst in Deutschland gab und für das jetzt ein europäischer Rahmen hinzukommt. Bei der Diskussion um den europäischen Rahmen gab es immer eine KMU-Klausel (*KMU: kleine und mittlere Unternehmen, Anm.*). Diese KMU-Klausel war Gegenstand der Beratungen des europäischen Parlaments und man wollte sie für besonders schlimme Branchen, die gegen Lieferkettengesetz verstoßen, nicht gelten lassen. Da hat man pauschal Tourismus in das europäische Parlament eingebracht, dass wir noch von der KMU-Klausel ausgenommen werden. Diese Anträge sind jetzt zwischenzeitlich weg. Dies lässt unseren Puls nicht höher gehen, aber da merken Sie, wie schnell es passieren kann, dass der Unternehmer sich nicht mehr um die Gäste kümmert, sondern um etwaige abstrakte Lieferketten, auf die er keinen großen Einfluss hat und die auch nicht wirklich mehr Nachhaltigkeit bedeuten.

Die Gebäudesanierung ist ein Riesenthema bei uns. Ich darf Ihnen von einer Jubiläumsveranstaltung vor zwei Wochen berichten: 50 Jahre Ringhotels – eine klassisch mittelständische Kooperation. Ein Thema war die Gebäudesanierung. Diese Hotels wurden vielfach in den 1950er/1960er Jahren gebaut. Ein Teilnehmer erzählte, dass sein Gebäude aber schon über 100 Jahre alt sei und er wurde gleich getoppt. Das Hotel „Weißer Hirsch“ in Wernigerode war in der Runde dabei und der Inhaber

berichtete, sein Haus sei 300 Jahre alt, Fachwerkbau, er dürfe weder Photovoltaik verwenden, noch dürfe er sein Haus dämmen; er könne keine Wärmepumpe sinnvoll einbauen, alle Energiesparmaßnahmen habe er schon getroffen. Er stehe deshalb vor der Frage, ob er sein Haus schließen müsse.

Ich appelliere an die Politik: Bitte gehen Sie beim Thema Gebäudesanierung nicht nach „Schema F“ vor und setzen viel zu kurzen Fristen, die Gebäudesanierung anzugehen. Da haben wir zu viele Kollateralschäden in der Branche. Das wird Arbeitsplätze, das wird Existenzen kosten, die dann einfach nicht zu halten sind. Wir haben auch parallel noch die EPBD (*Energy Performance of Buildings Directive, Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Anm.*). Mit den Mindeststandards, die diese vorsieht, rutschen wir unter massiven Sanierungsdruck. Das trifft eine Branche zur Unzeit. Das sagt wahrscheinlich jeder, der von solchen Auflagen betroffen ist. Aber wo sollen wir denn die Kredite dafür herbekommen? Es ist anteilig mitzufinanzieren, so wie es immer in den Förderprogrammen ist. Wir bekommen dieses Geld nach der Corona-Zeit nicht. Es drohen tatsächlich Kollateralschäden.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Jetzt hat Herr Nico Tippelt für die FDP das Wort, bitte.

Abg. **Nico Tippelt** (FDP): Meine erste Frage geht an Michael Kater. Welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie für das *Incoming* in den nächsten drei bis fünf Jahren? Ist die Destination Deutschland aus Ihrer Sicht im europäischen Wettbewerb gut aufgestellt?

Eine kurze Nachfrage an Frau Budde: Sie beschreiben die deutliche Zunahme der Buchungen in den ersten Monaten des Jahres, stellen jedoch aktuell aufgrund steigender Kosten auch eine Zurückhaltung fest. Infolgedessen müssen ständig Kapazitäten an die aktuelle Nachfrage angepasst werden. Was bedeutet das konkret? Worin genau besteht der Mehraufwand und welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat das auf das Geschäft der Reisebüros und der Veranstalter?

Michael Kater (Bundesverband der Deutschen Incoming-Unternehmen): Ich denke, dass die Destination Deutschland gut aufgestellt ist. Das sollte man



durchaus festhalten. Wir sind eine Destination, die infrastrukturell gut ausgestattet ist. Die Reisen der Deutschen zu vielen Fernzielen führt dagegen in Destinationen, die sich zum Teil noch im Aufbau befinden und die noch viel in Infrastruktur, wie Schiene, Wege etc. investieren müssen. Das müssen wir nicht tun.

Insofern geht es bei dem deutschen Incoming-Tourismus eigentlich um zwei Dinge. Das eine ist die Vermarktung und das andere ist die Verbreitung des Tourismus in der Fläche. Das sind aus unserer Sicht zugleich auch die Chancen für die Zukunft, um die Destination Deutschland noch breiter aufzustellen. Das wird auch schon seit vielen Jahren gemacht, die DZT ist an erster Stelle seit vielen Jahren tätig. Sie macht das aus unserer Sicht sehr erfolgreich und ist durch diese Runde auch mit entsprechenden Fördergeldern unterstützt worden.

Was aus unserer Sicht aber intensiviert werden sollte, ist die Vermarktung an sich. Wir haben in unserem *Statement* den Etat der DZT mit den Budgets der umliegenden Destinationen, Österreich und Frankreich verglichen. Die DZT bekommt tatsächlich nur einen Bruchteil dessen, was die anderen Länder bekommen. Wenn man davon ausgeht, dass es das Ziel ist, den Tourismus in Deutschland zu steigern, ihn auch weiter in die Fläche zu bringen und ihn eben nicht nur in München oder in Berlin zu konzentrieren, dann braucht es tatsächlich auch eine stärkere Vermarktung. Insofern ist aus unserer Sicht eine deutliche Erhöhung des Etats der DZT mittel- bis langfristig nötig. Ich gehe davon aus, dass Sie das von der DZT wahrscheinlich auch immer wieder hören, aber insofern ist aus unserer Sicht der Vergleich mit den anderen Ländern immer wieder wichtig.

Das Zweite ist, dass aus unserer Sicht die DZT in den letzten Jahren sehr stark auf den „B2C-Sektor“ (*Business-to-Consumer: Geschäftsbeziehung zwischen Unternehmen und den Privatpersonen, Anm.*) fokussiert und die Verknüpfung im „B2B-Bereich“ (*B2B: Business-to-Business – Geschäftsbeziehungen zwischen mindestens zwei Unternehmen, Anm.*) wurde zumindest aus unserer Sicht etwas vernachlässigt. Die *Incomer* sind in vielen Ländern unterwegs. Wir sprechen mit den Reiseveranstaltern. Das sind alles klein- bis mittelständische Un-

ternehmen. Sie machen die Vermarktung der Destination Deutschland in Israel, in den USA, in China und in Thailand mit eigenen Bordmitteln. Da würden wir uns eine stärkere Verknüpfung mit der DZT wünschen, dass es hier eine stärkere Verbindung wieder hin zum „B2B-Bereich“ gibt, auch mit entsprechenden Messen und anderen Möglichkeiten.

Anke Budde (Allianz selbständiger Reiseunternehmen): Wir sind sehr euphorisch in das Jahr 2023 gestartet. Wir haben im Januar und Februar sehr gute Buchungszahlen gehabt. Die Frühbucherrabatte sind früh genutzt worden. Dann kam der März und es kam eine gewisse Stagnation auch in unserer Branche an. Die Stagnation kam durch Unsicherheiten. Auch durch die massiven Preiserhöhungen von 30 bis 50 Prozent. Die Menschen wissen nicht, was finanziell auf sie zukommt. Dazu kommt dann aber noch der Reisepreis.

Das hat zu einer Stagnation geführt und um im Wettbewerb standhalten zu können, kaufen wir Kontingente ein, die wir zu einem gewissen Preis kalkulieren. Wenn dann aber irgendwann weniger Kontingente da sind, weil Flüge abgesagt werden, dann entfallen auch Flugplätze. Es kommt dann einem Blick in die Glaskugel gleich, ob man die Kontingente behält oder nicht. Wenn die Kontingente weniger werden, dann müssen sie als Reiseveranstalter unter Umständen eine Fixabnahme machen, d.h. sie müssen sie verkaufen, egal zu welchem Preis. Das führt zu vielen Unsicherheiten. Deswegen ist das ein erheblicher Mehraufwand. Man muss z.B. bei Gruppenreisen immer wieder schauen, ob die Mindestteilnehmerzahl zustande kommt, ob Umbuchungen von Fluggesellschaften stattfinden, ob man auf einen anderen Flieger setzen muss und ob das Ganze noch zum terminlichen Rahmen der Gruppenreise passt.

Das sind viele Unklarheiten, die im Augenblick zu einer erheblichen Mehrarbeit führen – nicht nur beim Reiseveranstalter, auch im Reisebüro. Ich selbst habe Kunden, die etwa nach Island wollen und die mich ständig anrufen und fragen, ob wir jetzt die Gruppenmindestzahl erreicht haben, ob die Gruppenreise stattfindet, ob die Flugzeiten geblieben sind und ob sich die Corona-Beschränkungen geändert haben. Das erzeugt einen sehr hohen Beratungsaufwand, den wir dort leisten müssen



und dazu kommt dann der erhebliche Mehraufwand, weil man im Reisebüro beispielsweise über alle (sich oft ändernde) Einreisebestimmungen informieren muss. Das müssen Mitbewerber wie die Bahn oder Mietwagen nicht tun. Aber auch hier können sich die Kunden auf ihr Reisebüro verlassen.

Amt. Vors. **Gülistan Yüksel** (SPD): Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Anhörung. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen für die Stellungnahmen und die Berichte bedanken. Wir haben heute sehr viele Themen miteinander besprochen. Ich glaube, dass ich im Namen des Ausschusses sagen darf, dass wir weiterhin im Austausch bleiben sollten. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, das Reisen für alle Menschen zu ermöglichen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. In diesem Sinne sage ich Ihnen nochmals herzlichen Dank, dass Sie hier waren, und bis zum nächsten Mal.

Schluss der Sitzung: 16:30 Uhr

Gülistan Yüksel, MdB
Amtierende Vorsitzende



Verweis auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Markus Luthe
A-Drs. 20(20)97

Norbert Kunz
A-Drs. 20(20)98

Dirk Inger
A-Drs. 20(20)99

Michael Kater
A-Drs. 20(20)100

Anke Budde
A-Drs. 20(20)101

Manfred Häupl
A-Drs. 20(20)102